



1 Karin Kneissl bleibt Außenministerin.
2 Ex-OGH-Präsident Eckart Ratz soll Vizekanzler und Innenminister werden.
3 Kandidaten für Infrastruktur-, Verteidigungs- und Sozialministerium: Valerie Hackl, Johann Luif und Walter Pöltner
(APA, ÖBB, ÖÖN, Uni Stg)



1,50 Euro: Kickl erlässt Verordnung im letzten Moment

WIEN. Herbert Kickl (FPÖ) hat kurz vor seinem unfreiwilligen Abgang als Innenminister ein Abschiedsgeschenk hinterlassen: Er erließ die Verordnung zur Senkung des Stundenlohns für Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro. Man hatte sich zuerst mit der ÖVP auf diese Maßnahme geeinigt, sagte er. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) habe sich aber nicht durchsetzen können. Für ihn gelte, was vereinbart wurde, so Kickl.

Die Begutachtung für die Lohnkürzung für Asylwerber war am Ostermontag abgelaufen. Nicht nur NGOs und die Opposition, sondern auch Länder und Gemeinden hatten die Maßnahme kritisiert. Die nun erlassene Verordnung „über die Heranziehung von Asylwerbern und bestimmten sonstigen Fremden für gemeinnützige Hilfstätigkeiten und die Höhe des hierfür zu leistenden Anerkennungsbeitrags“ ist nun bereits in Kraft getreten.

Der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschöber (Grüne) sieht in dieser Aktion Kickls eine „Kurzzusammenfassung seiner Tätigkeit“. „Als Scharfmacher gegen gelungene Integration.“ Dass Kickl nun entlassen wurde, sei gut, sagt Anschöber: „Die Blockade von Integration und einem guten Miteinander wurde beendet.“

Wie lange bleibt Kurz noch Kanzler?

Am Montag findet eine Sondersitzung statt, dort wird ein Misstrauensantrag eingebracht

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Bundespräsident, Regierung, Nationalrat – die Verfassung regelt das Zusammenspiel der Kräfte. Am Montag könnte das politische System gefordert sein: In der Sondersitzung soll ein Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) zur Abstimmung gebracht werden. Welche Möglichkeiten gibt die Verfassung dem Bundespräsidenten?

1. Wie ist die Ausgangslage im Nationalrat?
Die Liste jetzt hat einen Misstrauensantrag gegen Kurz angekündigt. Von 183 Mandaten hat die Liste sieben Mandate, die Neos zehn, die SPÖ 52, die FPÖ 51 und die ÖVP 61, hinzu kommen zwei wilde Abgeordnete. Die Neos werden dem Antrag gegen Kurz nicht zustimmen, SPÖ und FPÖ ringen hingegen noch um ihre Linie. Die Mehrheit wackelt.

2. Muss über den Antrag abgestimmt werden?
Ja, aber das Gesetz sieht zumindest eine Verzögerung vor. „Ein Fünftel der Abgeordneten kann eine Verlegung der Abstimmung um zwei Werktagen verlangen“, erläutert Parlamentarismus-Experte Werner Zögernitz. Theoretisch könnte dann am Mittwoch eine Mehrheit beschließen, den Antrag neuerlich zu vertagen im Sinne einer „Abkühlungsphase“.

3. Was passiert, wenn der Nationalrat Kurz das Vertrauen versagt?
Dann ist der Kanzler seines Amtes zu entheben. Der Bundespräsident muss einen Regierungschef ernennen. Dieser kann in Folge sein eigenes Ministerium zusammenstellen. Theoretisch könnte Van der Bellen neuerlich Kurz zum Kanzler küren, realpolitisch wäre dies schwer umzusetzen, da ihm wohl nochmals das Vertrauen

„Das käme einem Staatsstreich gleich.“
Werner Zögernitz, der Parlamentarismus-Experte zur Möglichkeit des Bundespräsidenten, den Nationalrat aufzulösen
entzogen würde. Bis zur Bestellung eines neuen Kanzlers übt der älteste Minister dessen Rolle aus.
4. Welche Möglichkeiten hätte der Bundespräsident noch?
Van der Bellen könnte Kurz allerdings schon zuvor entlassen, damit wäre ein Misstrauensvotum zu verhindern. Oder er könnte den Nationalrat auflösen. „Das käme einem Staatsstreich gleich“, erläutert Zögernitz.
5. Gab es schon früher Misstrauensanträge?

Seit 1945 wurde bereits 185 Mal versucht, ein Regierungsmitglied auszuhebeln. Entsprechende Anträge wurden unter anderem auch vom damaligen Grünen-Chef Alexander Van der Bellen eingebracht. Eine Mehrheit gab es dafür aber nie.
6. Kann eine Übergangsregierung ungestört arbeiten?
Ja, vorausgesetzt es wird nicht neuerlich ein Misstrauensantrag eingebracht.

7. Wozu braucht es überhaupt eine Regierung?
Die Regierung ist für die Verwaltung des Staates zuständig. Es beginnt schon mit der Ausschreibung der Neuwahl, wofür eine Verordnung des Ministerrats nötig ist. Heikel könnte auch die Bestellung des nächsten EU-Kommissars werden, der üblicherweise vom Ministerrat nominiert und vom Hauptausschuss bestätigt wird.

Gudenus fürchtet weiteres Material



Foto: APA

WIEN. Johann Gudenus, neben Heinz-Christian Strache der zweite FP-Akteur in der Ibiza-Affäre, befürchtet „weiteres Material, das mich in kompromittierenden Situationen zeigt“. Deshalb ist er nicht nur als FP-Klubobmann zurückgetreten, sondern hat auch seine Parteimitgliedschaft zurückgelegt.

Er sei in jener Zeit im Sommer 2017 in einer Ausnahmesituation gewesen: „Erschöpft, überarbeitet, nahe einem Burn-out und in einer persönlichen Krise. Und zu wenig Schlaf, zu viel Alkohol, gemixt mit Energydrinks und psychotropen Substanzen.“ Gudenus sieht sich selbst als „willkommenes Opfer“, das man „womöglich zusätzlich mit K.o.-Tropfen oder ähnlichen Substanzen und Drogen“ gefügig gemacht habe. Er wisse nicht mehr, „was ich in diesen Zuständen von mir gegeben habe bzw. welche Handlungen daraus resultierten.“

Er weise damit aber nicht die Schuld vor sich, „denn ich bin selbst naiv in die Falle gegangen“. „Aufrichtig leid“ tue ihm, dass er „dieses einmalige Treffen auf Ibiza mitorganisiert und damit Strache mit dieser Causa in Verbindung gebracht“ habe.

Die Spekulationen rund um die Frage, wer das Video gemacht hat, gingen gestern weiter. Gudenus selbst berichtet von Treffen mit einem Wiener Anwalt, der ihn in Verbindung mit der angeblichen Oligarchen-Nichte gebracht haben soll. Über die eigentlichen Urheber der Inszenierung tappt man weiterhin im Dunkeln.

Vier neue Gesichter für die Kurzzeit-Regierung

Die Experten-Shortlist für die neue Ministerriege von Sebastian Kurz sickerte gestern Abend durch

WIEN. Diensttagabend sicherten die Namen mehrerer Experten durch die Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP) bis zur Wahl mit der Führung der FP-Ministerien betrauen will.

Im Innenressort soll Ex-OGH-Präsident Eckart Ratz statt Herbert Kickl Garant für vollständige Aufklärung aller Verdachtsmomente rund um das blaue Skandalvideo sein. Der 65-jährige soll zudem die wichtige Regierungsfunktion des Vizekanzlers übernehmen.

Der gebürtige Voralberger war von 2012 bis 2018 Präsident des Obersten Gerichtshofs. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er 2014

bekannt, als er als Vorsitzender des Berufungssenats die gegen Ex-Innenminister Ernst Strasser in der Lobbying-Affäre ausgesprochene Verurteilung bestätigte.

Aus dem Ruhestand zurückkehren könnte auch der 67-jährige Walter Pöltner, der das Sozialministerium von Beate Hartinger-Klein übernehmen soll. Pöltner war als Sektionschef auf Beamtenebene jahrelang Chefverhandler zahlreicher Pensionsreformen. Ausgerechnet Hartinger-Klein holte Pöltner zuletzt bereits zurück, wenn auch in anderer Funktion: Er ist seit März neben Ingrid Nemeč, eben-



Kickls Nachfolger steht fest. (APA)

falls Ex-Sektionschefin, kommissarischer Leiter der Österreichischen Gesundheitskasse und als solcher bis Ende Juni bestellt.

Im Verteidigungsministerium soll als Nachfolger von Mario Ku-

nasek der Leiter der Generalstabdirektion, Brigadier Johann Luif (59), das Kommando übernehmen. Luif ist auch Vize-Generalstabschef.

Zwei Namen für Verkehrsressort

Für das Infrastrukturressort von Norbert Hofer kursierten zwei Namen: Sektionschef Gerhard Gürtlich oder Austro-Control-Chefin Valerie Hackl. Die 36-jährige war erst mit Jahresbeginn von der ÖBB-Personenverkehrssparte zur Austro Control gewechselt. In den ÖBB aufgestiegen war sie unter Ex-Kanzler Christian Kern.